

Aufstockung der Polizei spaltet Parlament

Die Schaffhauser Polizei ächzt unter der Arbeitslast. Das sagen Polizeiangehörige und Politiker bis in die Mitte des Parteienspektrums.

Dario Muffler

SCHAFFHAUSEN. Stellen Sie sich vor, Sie rufen bei der Polizei an und Ihnen wird eröffnet, dass aktuell keine Patrouille ausrücken kann. «Wir haben zu wenig Personal», sagt Ihnen der Polizist am Telefon. Natürlich wird diese Situation nicht eintreten, wenn Sie oder Ihr Leben bedroht sind. Aber bei weniger schlimmen Situationen kommt dies heute durchaus vor. Denn die Schaffhauser Polizei hat eine «Verzichtsplanung». So formulierte es Regula Salathé von der EVP gestern im Kantonsparlament.

Anlass für ihr Votum war die Diskussion über eine Volksmotion, mit der die Angehörigen der Schaffhauser Polizei mit Unterstützung von über 600 Personen eine Erhöhung der Stellenzahl im Korps fordern. Dazu soll eine externe Stelle die Situation genau analysieren, um herauszufinden, wo genau wie viel Personal benötigt wird.

Die Polizeiangehörigen und ihre Unterstützerinnen und Unterstützer begründen ihre Forderungen mit der stark gewachsenen Bevölkerung und immer komplexeren Aufgabenfeldern. Insbesondere Spezialistinnen und Spezialisten würden heute fehlen. Die öffentliche Sicherheit sei zwar noch gewährleistet, «sie leidet jedoch zusehends darunter», steht in der Volksmotion.

Unschöner Spitzenwert für die Stadt Schaffhausen

Einen Blick in die Liste der aktuellen Herausforderungen des Polizeikorps gab SP-Kantonsrätin Bettina Looser: «Es gibt eine Zunahme an Delikten: Cybercrime, häusliche Gewalt, organisierte Kriminalität, Radikalisierung, Terrorismus – und diese Aufzählung ist nicht abschliessend.» Eine Zahl, die aufhorchen lässt, ist die Häufigkeit von Gewaltstraftaten auf 1000 Ein-

wohnerinnen und Einwohner. Sie liegt im Kanton Schaffhausen bei 7,6 Straftaten auf 1000 Personen, in der Stadt Schaffhausen sogar bei 10,6. Das ist fast das Doppelte des Schweizer Durchschnitts, der bei 5,4 Straftaten pro 1000 Einwohnerinnen und Einwohner liegt.

Regula Salathé sprach davon, dass wiederholt Gesuche für Urlaube und Pensumsreduktionen abgelehnt werden müssten, weil sonst Personal fehlte. Und Einsatzgruppen der uniformierten Polizei seien regelmässig unterbesetzt unterwegs. Die SN berichteten schon vor über einem Jahr über diese Probleme. «Wir müssen uns ernsthaft fragen, wie lange Mitarbeitende bereit sind, unter diesen Bedingungen weiterzuarbeiten», so Salathé.

In Schaffhausen sorgt die Grenzlage neben der inländischen Kriminalität für zusätzliche Belastung. «Schaffhausen ist überdurchschnittlich von grenzüberschreitender Kriminalität betroffen», so Bettina Looser. FDP-Kantonsrat Diego Faccani drückte es so aus: «Der Personalbestand der Schaffhauser Polizei liegt im Durchschnitt – das mag so sein. Aber wir leben nicht im Durchschnitt, sondern an der Grenze.» Anders als etwa in den Kantonen Thurgau und Aargau haben Angehörige des Grenzwachkorps in Schaffhausen fast keine polizeilichen Befugnisse. Greifen sie jemanden auf, müssen sie ihn der Polizei übergeben.

Regierungsrätin zur Polizei: «Gar nicht so schlecht»

Auf den Durchschnitt hatte sich zuvor die zuständige Regierungsrätin Cornelia Stamm Hurter (SVP) berufen. Im Kanton Schaffhausen kommt laut Regierung ein Polizist auf 486 Bewohnerinnen und Bewohner. Der Schweizer Schnitt liegt bei 476. «Der Kanton Schaffhausen steht gar nicht so schlecht da», so



Die Schaffhauser Polizei steht im Fokus der Politik.

Symbolbild: Lea Biedermann

Stamm Hurter. Die Regierung will keine externe Analyse. So das Fazit von Stamm Hurters Äusserungen. Sie sagt: «Der Regierungsrat und der Kantonsrat haben in den vergangenen Jahren wiederholt gezeigt, dass sie die Verantwortung für die Sicherheit wahrnehmen. Auf Antrag des Kommandos wird die personelle Situation laufend analysiert.» Auf ausgewiesenen Bedarf würden Stellen bewilligt.

Die Regierung bittet um Geduld

Seit 2019 ist die Schaffhauser Polizei um 39,5 Stellen gewachsen. Und die neueste Bedarfsanalyse des Kommandos zeige laut Stamm Hurter: Die Polizei brauche mehr Personal für die Kriminalpolizei, die Landstationen,

die Sicherheitspolizei und die Stabsarbeit. «Erhöhungen sind derzeit aber nicht spruchreif.» Denn die Auswirkungen der letzten Erhöhungen könnten noch nicht beurteilt werden.

Einzig bei der Informatik, der Technik, Logistik und bei den Landstationen sei der Bedarf ausgewiesen. «Die Landbevölkerung ist gewachsen, das Personal der Stationen aber nicht», sagte Stamm Hurter. Diese zusätzlichen Stellen werde die Regierung mit dem Budget 2027 beantragen. Zusätzlich stellte die Regierung in Aussicht, die Schwankungsreserve zu erhöhen. Diese ermöglicht es, temporär Personal einzustellen, wenn Mitarbeiterinnen zum Beispiel wegen Schwangerschaft ausfallen. Während links sich ziemlich

geschlossen hinter das Anliegen der Volksmotion stellen wird, ist die Lage in der politischen Mitte noch unübersichtlich. Bereits eine klare Haltung hat FDP-Fraktionssprecher Diego Faccani: «Sicherheit ist zu wichtig für parteipolitische Reflexe. Sie ist keine Parteifrage, sie ist die staatliche Kernaufgabe.» Und Tim Bucher (GLP) appellierte: «Wenn wir diese Volksmotion vor dem Hintergrund so vieler Probleme ablehnen, versteht das die Bevölkerung nicht.»

SVP fokussiert sich auf Formfehler

Strikt dagegen argumentierte Hansueli Graf im Namen der SVP/EDU-Fraktion: «Hier handelt es sich nicht um eine Volksmotion, sondern um einen

Vorstoss des Polizeibeamtenverbandes.» Es sei ein absolutes No-Go, wenn Anliegen von Parlamentariern auf diese Weise vorgebracht werden. Graf kritisierte damit Mitunterzeichner Patrick Portmann, der nicht nur SP-Kantonsrat, sondern auch Präsident des Polizeibeamtenverbandes ist. «Der Polizeikommandant weiss sehr genau, wo die Herausforderungen liegen. Er wird die entsprechende Erhöhung der Pensen einbringen und begründen – dazu braucht er keine Nachhilfe», so Graf.

Gegen den Vorwurf, er habe sein persönliches Anliegen hinter einer Volksmotion versteckt, entgegnet Portmann: «Mit der Volksmotion wollten wir zeigen, dass viele Stimmen der Basis dieses Anliegen teilen.» Er sehe den Vorstoss nicht als Grundsatzkritik an der Polizeiführung oder an der Regierung. «Es ist normal, dass Angestellte eine andere Sicht auf die Dinge haben als Vorgesetzte.»

Polizisten sind enttäuscht

Weniger versöhnlich zeigten sich die Polizistinnen und Polizisten, die gestern die Debatte des Parlaments mitverfolgt haben. Sie waren enttäuscht von der SVP, die sich gar nicht mit dem Inhalt befassen wollte. Und auch von der obersten Chefin der Polizei, Regierungsrätin Stamm Hurter, hatten sich die Anwesenden grössere Unterstützung erhofft. Einige gingen sogar so weit, zu vermuten, dass die Regierung etwas zu verbergen habe. «Sonst würden sie dieser Analyse zustimmen!» Es könne dabei ja auch herauskommen, dass kein zusätzliches Personal benötigt werde.

An der nächsten Kantonsratsitzung wird die Debatte fortgesetzt, und es wird sich zeigen, ob es eine Bedarfsanalyse geben wird oder nicht.

Adieu oder Goodbye? Sprachenstreit erreicht Kantonsrat

Der Kantonsrat hat einen Vorstoss zur Frühfranzösisch-Abschaffung abgeschwächt. Nun gerät auch der Englischunterricht ins Visier.

Fabian Babic

SCHAFFHAUSEN. Ist die zweite Landessprache eine Problemsprache? Diese Frage beschäftigte am Montag den Kantonsrat. Ursprung der Debatte war eine Motion von Markus Fehr (SVP). Er forderte die Abschaffung des Frühfranzösischs auf Primarstufe. Stattdessen solle damit erst in der Oberstufe begonnen werden.

«Wichtig ist für mich, die Primarschule zu entlasten», erklärte Fehr. Ein grosser Teil der Schülerinnen und Schüler verfehle die Lernziele. «Die Idee war zwar gut gemeint, hat aber den Praxistest nicht bestanden.» Gerade für Kinder mit fremdsprachlichem Hintergrund sei es umso herausfordernder, in der Primarschule Deutsch, Englisch und dann auch noch Französisch zu lernen. «Dieses babylonische Sprachewirrwahl überfordert viele Schüler»,

so Fehr. Hinzu komme, dass das Niveau in den Fächern Deutsch und Mathematik sinke.

Allerdings hat der SVP-Mann seinen Vorstoss schon vor Beginn der Debatte entschärft. Statt der radikalen Frühfranzösisch-Abkehr gewährt er der Regierung in seinem neu formulierten Auftrag mehr Spielraum: Neu heisst es, dass entweder Französisch oder Englisch in die Oberstufe verschoben werden sollen. Zudem solle das Vorgehen mit den Nachbarkantonen – eine Handvoll Deutschschweizer Kantonsparlamente haben ähnliche Vorstösse bereits überwiesen – koordiniert werden.

Durch dieses Manöver hat sich Fehr die Unterstützung des Regierungsrats gesichert. Erziehungsdirektor Patrick Strasser (SP) betont zwar, dass sich die Schaffhauser Volksschule nicht in einer Krise befinde, allerdings

gebe es Bedarf, die Grundkompetenzen in Deutsch und Mathematik zu verbessern.

Kollision mit Bundesrecht?

Allerdings stellte Strasser in Aussicht, dass eine schnelle Verbanung des Französischunterrichts aus der Primarschule kaum zur Debatte stehe. Der Grund: Um das im Alleingang zu stemmen, müsste Schaffhausen aus dem Harmos-Konkordat austreten. Bei diesem Konkordat handelt es sich um eine Vereinbarung mehrerer Kantone, ihr Schulsystem zu vereinheitlichen. Bei einem Austritt durch die Frühfranzösisch-Abschaffung müsste der Lehrplan massiv überarbeitet werden. Zudem könnte dies sogar bundesrechtswidrig sein, zumal der Bund eine Harmonisierung der Bildungsziele vorschreibt, so Strasser. Daher wäre die bessere Option, das Harmos-

Konkordat in puncto Sprachenstrategie anzupassen. So habe sich die Konferenz der Erziehungsdirektoren (EDK) bereits mit dieser Frage auseinandergesetzt. Da der Bundesrat damit drohte, zu intervenieren, falls Französisch in der Primarschule abgeschafft werde, war für die EDK klar: «Am Beginn des Französischunterrichts in der Primarschule wird nicht gerüttelt.» Spielraum gebe es gemäss Strasser in zwei Punkten: Einerseits solle man beim Französischunterricht von Benotungen in der Primarschule absehen und stattdessen spielerisch die Freude an der Sprache wecken. Andererseits solle es Diskussionen geben, den Englischunterricht in die Oberstufe zu verschieben.

Freivogel: Français first!

Auf Sympathien stiess Fehrs Vorstoss bei den bürgerlichen Frak-

tionen sowie auch im GLP-EVP-Lager. «Es ist sinnvoll, den Fremdsprachenunterricht besser zu staffeln», meinte Raphael Kräuchi (GLP). Ein späterer Einstieg sei auch Erfolg versprechend, zumal ältere Schülerinnen und Schüler über eine höhere kognitive Reife verfügen, was das Erlernen anspruchsvollerer Sprachen erleichtere. Svea Lang (JSVP) bezeichnete den Französischunterricht in der Primarschule indes als überfordernd. «Nur weil Kinder heute ab der fünften Klasse Französisch lernen, können es viele in meinem Alter heute nicht, weil Motivation und Berührungspunkte mit der Sprache schlicht nicht vorhanden sind», fügte die 20-Jährige an.

Derweil zeigte sich die linke Ratshälfte skeptisch. Das Problem liege nicht beim Französisch, sondern bei der Art des Unterrichts. «Es wäre wichtig,

den Leistungsdruck rauszunehmen», sagte Anna Brügel (SP). Roland Müller (Grüne) doppelte nach: «Der Lehrplan ist voll, teilweise überladen.» Statt einer Verschiebung solle der Stoff im Lehrplan neu priorisiert werden, um die Last zu mindern. Zuletzt beschwor Matthias Freivogel (SP) den nationalen Zusammenhalt. Dafür sei Französisch als Landessprache nach wie vor essenziell. «Ich kann nur eines sagen: français first!»

Schliesslich stimmte der Rat Fehrs Motion mit 36 zu 17 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu. Bis es zu einer grundlegenden Reform kommt, dürfte es noch lange dauern. Oder um es in den Worten von Erziehungsdirektor Strasser zu sagen: «Das nationale Bildungswesen ist ein Super-tanker, dessen Richtung sich nur langsam unter grosser Anstrengung ändern lässt.»